

Von (bz) | 11.04.2009 | Netzcode: 1787882 | 26 Mal gelesen.

Tirschenreuth

Sturmlauf gegen Windkraft

Bürgermeister und Unternehmer schreiben offenen Brief an Minister Helmut Brunner

Tirschenreuth. (bz) Peter Kasseckert sieht stürmische Zeiten. Der Vorsitzende der Interessengemeinschaft Windkraftgegner Mähring hat einen offenen Brief an Landwirtschaftsminister Helmut Brunner initiiert. Unterschrieben haben Bürgermeister und Unternehmer aus den Landkreisen Tirschenreuth und Neustadt.

"Wir wollen ein Zeichen setzen gegen die radikale Verfremdung unserer historischen oberpfälzer Landschaft", wenden sich die Mandatsträger gegen den Bau von bis zu 180 Meter hohen Windkraftanlagen. Diese Windparks (pro Windpark zwischen vier bis 34 Windräder) sollen auch auf Staatsgrund gebaut werden.

"Dazu wurden von den Bayerischen Staatsforsten 28 Standortsicherungsverträge allein in der Oberpfalz abgeschlossen", heißt es. Die Unterzeichner wenden sich gegen die Art, "mit der diese Standortsicherungsverträge ohne Einbindung der betroffenen Gemeinden gemacht wurden und die bis heute nur scheinbar an die Öffentlichkeit gelangt sind".

Nach Berechnungen Kasseckerts liegt der Wert des Windstroms unter drei Cent je Kilowattstunde, die Einspeisevergütung aber bei 9,2 ct/kWh, dazu noch 2 ct/kWh für Mehrkosten der Schattenkraftwerke. "Der volkswirtschaftliche Schaden für die Bundesrepublik liegt bei derzeit 3,5 Milliarden Euro jährlich."

Bayern sei dazu noch das windärmste Bundesland mit einer Auslastung von 13 Prozent der installierten Volllast. "87 Prozent der möglichen Energieausbeute können wegen Windmangels in Bayern nicht genutzt werden!"

Die Landkreise Tirschenreuth und Neustadt/WN forcierten den Ausbau erneuerbarer Energien mit Biogasanlagen, Blockheizkraftwerken, Solarenergie und Wärmedämmung an Gebäuden. Die Unterzeichner wehren sich gegen private Windkraftinvestoren, die ebenfalls im Landkreis anklopfen, und fragen sich, "Warum das südliche Oberbayern von Windkraftanlagen trotz bester Windverhältnisse etwa am Starnberger See und am Chiemsee verschont bleibt?"

Tausende von Arbeitsplätzen schaffen in der daraus resultierenden Tourismuswirtschaft einen Mehrwert von vielen Millionen Euro. Für die Unterzeichnet ist es "auch nicht vermittelbar, aus Gründen der Bewahrung unserer Baukultur (Dorferneuerung) zwar die Dachüberstände bei Wohnhausbauten zu regulieren, aber das Landschaftsbild störende technische Infrastruktur, wie Windräder ohne Not als privilegierte Bauvorhaben unbesehen in die Landschaft setzen lassen zu müssen".

Der Brief endet mit einem Appell an den Aufsichtsrat der Bayerischen Staatsforsten, die Verträge zurückzunehmen und sich für einen windkraftfreien Raum in den Unterzeichner-Kommunen einzusetzen.

Nachtrag bzw. Ergänzung zu dem Offener Brief an Herrn Minister Helmut Brunner

Politisches Zeichen der Landkreise Tirschenreuth und Vohenstrauß gegen Windkraftanlagen

Die unterzeichnenden Mandatsträger der Kommunen und Unternehmer in den Landkreisen Tirschenreuth und Neustadt/WN haben in ihrem Brief vom 07.04.09 den Herrn Minister Brunner und die Aufsichtsräte der BaySF darum gebeten, darauf hinzuwirken, dass keine Windparks in den Wäldern der Oberpfalz errichtet werden können. **Unser Hauptargument ist die Bewahrung unserer wertvollen Kulturlandschaft.**

In dem vorliegenden nachgereichten Ergänzungs – Papier nennen wir weitere gewichtige Gründe, die gegen die weitere Verfolgung der WKA – Standortsicherungsverträge sprächen. Dabei stellen wir die zentrale Frage, ob WKA in Bayern / in der Oberpfalz im Sinn der Bayerischen Energiepolitik überhaupt eine Rechtfertigung finden können.

In der Denkschrift des *Landesverband Gegenwind Bayern – Für Mensch und Natur* wurde schlüssig und zahlenmäßig nachvollziehbar dargestellt, dass dies in keiner Weise der Fall ist :

Mit den wesentlichen Inhalten dieser Denkschrift können sich die Unterzeichner weitestgehend einverstanden erklären. Wir fügen die Denkschrift als Anhang bei und bitten die betreffenden Damen und Herren um Kenntnisnahme und Würdigung.

Ein Ausschnitt aus der Denkschrift beschreibt folgendes :

Die in Betrieb befindlichen 356 WKA in Bayern haben eine installierte Gesamtnennleistung von ca. 410 MW. Ihre Stromerzeugung hat einen Anteil von lediglich ca. 0,6 % an der Stromerzeugung und einen Primärenergieanteil von nur ca. 0,1 % in Bayern. Ihr Beitrag an der CO₂ – Minderung liegt bei vernachlässigbaren ca. 0,07 % der gesamten CO₂ – Emissionen in Bayern. Weiter ist wichtig zu wissen, dass die Erzeugungskosten des nicht bedarfsgerecht gelieferten Windstroms (einschließlich der Zusatzkosten durch notwendige Schattenkraftwerke) etwa viermal so hoch sind, wie sein tatsächlicher Wert.

Der volkswirtschaftliche Schaden der von den 20301 WKA mit einer Gesamtleistung von 23.902 MW verursacht wird, beträgt für die BRD derzeit 3,5 Mrd. EURO jährlich, Tendenz steigend.

Bayern ist dazu noch das windärmste Bundesland mit einer Auslastung von 13 % der installierten WKA – Leistung und damit bei ca. 60 % des Bundesdurchschnitts (ca.19 %).

Die diesbezüglichen Feststellungen von Bayerischen Landespolitikern „Bayern ist kein Windland“ werden damit eindeutig begründet.

Auch eine Verzehnfachung der derzeitigen WKA - Leistung gäbe energie- und umweltpolitisch keinen erkennbaren Sinn.

Ergänzend dazu ist noch zu beachten, dass die immer wieder vorgebrachten Argumente der Funktionäre des Bundesverband Windenergie (BWE) , der WKA – Projektanten und gewisser Politiker, dass wir in Bayern die Windenergie weiter ausbauen müssen, um die CO₂ – Minderungsziele der Bayerischen Staatsregierung erfüllen zu können, ist nach den vorstehend genannten nachvollziehbaren Fakten in hohem Maße falsch und auch in keiner Weise haltbar.

Dazu nachstehend weitere Argumente :

1. Bayern ist mit einem CO₂ – Ausstoß von etwa 6,7 Tonnen CO₂ pro Jahr und Einwohner vorbildlich in der Bundesrepublik, liegt bei ca. 66 % des Bundesdurchschnitts und erreicht nahezu den durchschnittlichen CO₂ – Ausstoß eines französischen Bürgers. Darüber hinaus soll dieser Wert nach den Vorstellungen der Bayerischen Staatsregierung durch sinnvolle und wirkungsvolle kostenoptimale Maßnahmen und ohne den weiteren Ausbau der Windenergie weiter reduziert werden.

2. Da in Bayern der Strom bereits zu etwa 80 % CO₂ – frei erzeugt wird, sind die CO₂ – Vermeidungskosten durch den Betrieb von WKA mit über 200 € pro Tonne CO₂“ etwa zwei bis dreimal höher als im Bundesdurchschnitt. Auch für den Fall, dass die bestehenden Kernkraftwerke abgeschaltet werden sollten, wird sich daran grundsätzlich nicht sehr viel ändern, weil ein Teil des zu ersetzenden Stroms durch weitere Biomasse – und Wasserkraftwerke und vor allem durch hocheffiziente GUD – Erdgaskraftwerke mit niedrigen CO₂ – Emissionen ersetzt werden müsste.

Windenergie in Bayern erfüllt in keiner Weise die Kriterien der Eckpunkte der **Nachhaltigkeit : Wirtschaftlichkeit – Versorgungssicherheit - Umweltverträglichkeit** (siehe Landschaftszerstörung – hohe Kosten – keine Versorgungssicherheit u.a.). **Nachhaltigkeit sollte der oberste Maßstab der**

BaySF sein. Schließlich stammt der Begriff Nachhaltigkeit von der Forstwirtschaft, die seit Jahrhunderten in Deutschland und besonders in Bayern Richtschnur des forstwirtschaftlichen Handelns ist.

Die Landkreise Tirschenreuth und Neustadt/WN forcieren in vorbildlicher Art den Ausbau erneuerbarer Energien mit Biogasanlagen, Blockheizkraftwerken, Solarenergie und Energieeffizienzmaßnahmen an Gebäuden. Dies ist im Hinblick auf die ökologischen und energiewirtschaftlichen Auswirkungen vielfach vorteilhafter, als der Einsatz von landschaftszerstörenden Windkraftanlagen in Bayern.

Um nicht noch mehr Unruhe und Verwirrung in anderen Gemeinden der Oberpfalz und in ganz Bayern zu verursachen, machen wir folgende Vorschläge :

Vorschlag 1. Die Bayerische Staatsforstverwaltung sollte ihren Flyer „**Windenergie im Wald**“ und andere Papiere mit ähnlichen, nicht haltbaren Inhalten, zurückziehen.

Vor einer weiteren Akquirierung von „Windkraftanlagen in den Waldgebieten der BaySF“ sollte ein Gutachten erstellt werden, das vom STMLF und vom Wirtschaftsministerium an unabhängige Institute vergeben wird. Darin sollten die oben gestellten Fragen zur Begründung / Nichtbegründung der WKA in den Wäldern wissenschaftlich nachvollziehbar geklärt werden. Wir denken hierbei an die betreffenden international renommierten Institute der TUM und der Univ. Stuttgart.

Vorschlag 2. In weiteren Ausarbeitungen sind substanzielle Fragen **der Landschaftsästhetik** zu untersuchen und zu bewerten. Für umweltbewusste Forst – Fachleute-/ Führungskräfte und für Umweltpolitiker sollte die Bewahrung unserer Bayerischen Kulturlandschaft und insbesondere der Erholungswert unserer wertvollen Waldlandschaften im Vordergrund stehen. Wir schlagen deshalb vor, dass ein international anerkannter Landschaftsarchitekt die landschaftsästhetischen Auswirkungen von 180 m hohen Windparks auf die betreffenden Waldlandschaften untersucht. Die Verbände / Vereine der Sektion Bayern im Verband Deutscher Wandervereine e.V. und hier besonders der Bayerische Waldverein , der Oberpfälzer Waldverein , der Fränkische Schweizverein u.a., so wie die Tourismusverbände, beispielsweise der Tourismusverband Franken e.V, sollten beratend hinzugezogen werden.

Vorschlag 3. Nach den oben genannten Ausführungen wird vermutet, dass die Standortsicherungsverträge unter Voraussetzungen geschlossen worden sind, die nicht mit der Energiepolitik der Bayerischen Staatsregierung vereinbar sind. Weiter ist zu prüfen, ob die Begründung für „**WKA im Wald**“ mit der Aussage im Staatsforstgesetz vereinbar sind, wo es nur heißt, dass die Wälder u.a. auch für den Ausbau und für die Nutzung von Erneuerbaren Energien verstärkt herangezogen werden sollen. **Die Windenergie wird dort mit keinem Wort erwähnt.**

Wir schlagen vor, dass erfahrene Juristen die entsprechenden Fragen prüfen und in einem entsprechenden Gutachten zur Gesamtproblematik Stellung nehmen.

Die 3 Vorschläge hätten in sinnvoller Weise bereits vor den Gesprächen mit den WKA – Betreibern und vor dem Abschluss der WKA – Standortsicherungsverträge realisiert werden müssen.

Wir bitten darum, dass die genannten Vorschläge innerhalb eines Jahres im Auftrag der Staatsregierung von unabhängigen Institutionen / Fachleuten untersucht werden. Während dieser Zeit müssen alle geschlossenen Verträge ruhen. Die WKA – Projektanten müssen in dieser Zeit jegliche Werbe- und Akquisitions – Aktivitäten einstellen.

Die Unterzeichner appellieren deshalb an den Aufsichtsrat der Bayerischen Staatsforsten, insbesondere an Herrn Minister Helmut Brunner, sich für die Realisierung der drei Vorschläge einzusetzen.

Die Verträge sollten zunächst storniert und nach gründlicher Prüfung zurückgenommen werden. Wir bitten darum, dass Sie sich für einen windkraftfreien Raum in den Unterzeichner-Kommunen einzusetzen.

Franz Stahl, 1. Bürgermeister, Stadt Tirschenreuth ;

Andreas Wutzlhofer, 1. Bürgermeister, Stadt Vohenstrauß

Peter Hampel, 1. Bürgermeister, Stadt Bärnau

Toni Dutz, 1. Bürgermeister, Markt Wiesau

Josef Schmidkonz, 1. Bürgermeister, Markt Mähring

Albert Köstler, 1. Bürgermeister, Markt Neualbenreuth

Ludwig Ziegler, Ziegler Holzindustrie Plößberg

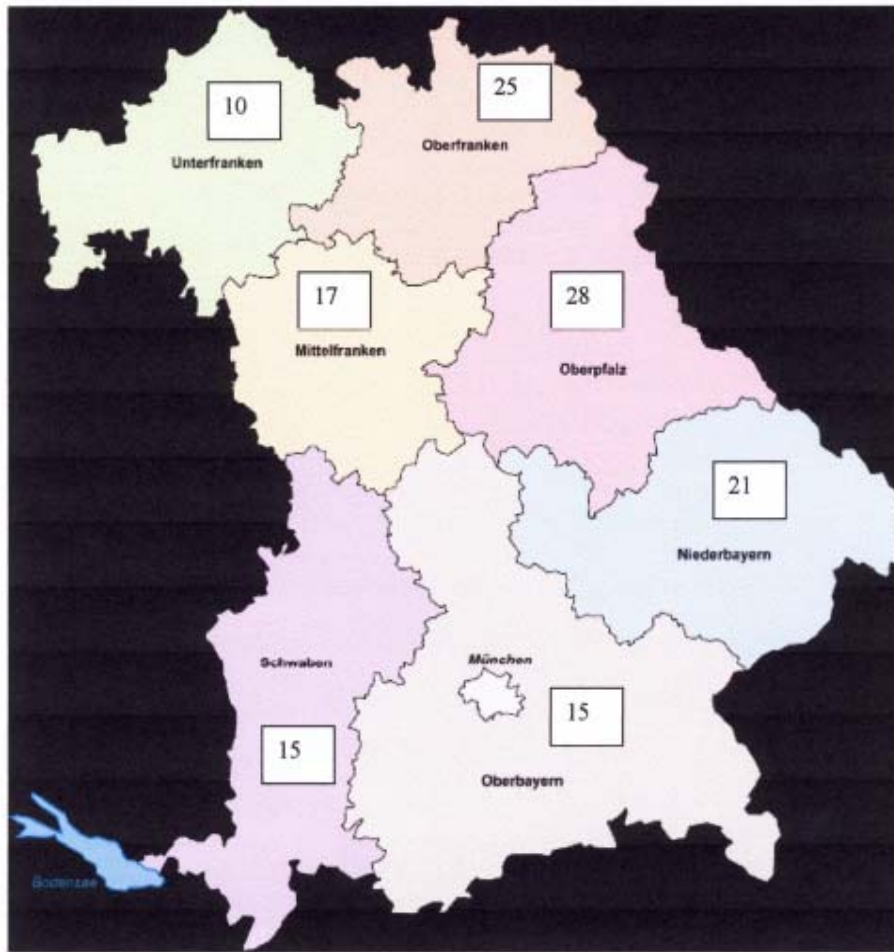
Baron von Gemmingen-Hornberg, Güterverwaltung Friedenfels

Folgende Bürgermeister haben sich nachträglich mit dem Brief einverstanden erklärt :

Gottfried Stauffer, 1. Bürgermeister der Gemeinde Leonberg Opf.

Roland Grillmeier, 1. Bürgermeister der Stadt Mitterteich

Hans Donko , 1. Bürgermeister der Stadt Erbdorf



Windkraftanlagen in den Wäldern der Bayerischen Staatsforsten (BySF)
 Im Jahr 2008 hat die BaySF insgesamt 131 sog. Standortsicherungsverträge mit etwa 10 WKA – Projektanten abgeschlossen .

Aus dem nebenstehenden Bild ist zu entnehmen, dass alle Regierungsbezirke in Bayern davon betroffen sind.

In nahezu allen betroffenen Gemeinden des Freistaats wehren sich die Gemeinden und die betroffenen Bürgerinnen und Bürger energisch gegen die mutwillige Zerstörung der betreffenden Kultur – und Erholungs- Landschaften.

In der nördlichen Oberpfalz haben sich neun Bürgermeister und zwei einflussreiche Unternehmer gegen diese ,durch kein sinnvolles Argument begründete Landschafts -und Naturzerstörung, an den Aufsichtsratsvorsitzenden der BaySF Herrn Minister Brunner gewandt. Seine Antwort, auch nach ähnlichen Aktionen aus Oberfranken, war :

Gegen den Willen der Bürger und der Gemeinden dürfen keine WKA in den Wäldern der BaySF errichtet werden.

Regierungsbezirk	Hauptstadt	AGS	Abk.	Fläche	Einwohner (Sep 2005)	E./km²
Oberbayern	München	091	OB	17.529,63 km²	4.232.962	241
Niederbayern	Landshut	092	NB	10.329,91 km²	1.197.631	116
Oberpfalz	Regensburg	093	OPf.	9.691,03 km²	1.090.318	113
Oberfranken	Bayreuth	094	Ofr.	7.231,00 km²	1.103.239	153
Mittelfranken	Ansbach	095	Mfr.	7.244,85 km²	1.708.841	236
Unterfranken	Würzburg	096	Ufr.	8.530,99 km²	1.342.308	157
Schwaben	Augsburg	097	Schw.	9.992,03 km²	1.789.698	179
Bayern	München			70.549,11 km²	12.464.997	177

„Schäden sind irreparabel“

Nöth bittet Seehofer um Hilfe:
Windkraftanlagen verhindern

FORCHHEIM — Der CSU-Landtagsabgeordnete Eduard Nöth hat sich an den bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer gewandt: Die Bayerischen Staatsforsten sollen die Standortsicherungsverträge für die geplanten neun Windkraftanlagen im Stadtgebiet Gräfenberg lösen.

Nöth teilt den Appell an den Ministerpräsidenten in einem Brief an die *Nordbayerischen Nachrichten* mit. „Wir können nicht am Mehrheitswillen der Bürger vorbei die Naturlandschaft Fränkische Schweiz mit Windkrafträdern verunstalten und dadurch irreparable Schäden in unserer Heimat verursachen“, so Nöth. Die Bürger der Fränkischen Schweiz und der betroffenen Gemeinden sowie die Mehrheit der gewählten Mandatsträger aller politischen Ebenen akzeptieren die vorliegenden Planungen nicht, betont Nöth. Dies solle von den Bayerischen Staatsforsten zur Kenntnis genommen werden.

Nöth verweist auch auf den mit 35 zu 15 Stimmen im Kreistag Forchheim zustande gekommenen Beschluss. Demnach bittet der Kreistag die Bayerische Staatsregierung, auf die Bayerischen Staatsforsten einzuwirken, die Planungen zur Errichtung von Windkraftanlagen in der Fränkischen Schweiz einzustellen.

Keine Windräder gegen Bürgerwillen

Erlauholz Minister Brunner spricht
mit Vertretern der Bürgerinitiative

Friedberg | FA | Gegen den Widerstand der Bevölkerung stellen die Bayerischen Staatsforsten keine Flächen für Windkraftanlagen zur Verfügung. Diese Haltung der Staatsregierung verdeutlichte Landwirtschaftsminister Helmut Brunner (CSU) bei einem Treffen mit der Friedberger Bürgerinitiative „Rückenwind fürs Erlauholz“. Die BI-Vertreter Harald Fischer, Peter Vöst und Walter Föllmer übergaben Brunner eine Liste mit rund 1700 Unterschriften gegen den geplanten Windpark zwischen Bachern und Ottmaring. Anwesend war auch Reinhard Strobl, als Bereichsleiter

bei den Staatsforsten zuständig für regenerative Energien. Nach seinen Angaben haben die Staatsforsten dem Projektbetreiber, der Firma Uhl aus Ellwangen, die ablehnende Haltung Friedbergs mitgeteilt. Zu dem halbstündigen Gespräch im Landtag war es auf Vermittlung des Abgeordneten Reinhard Pachner gekommen. Auch Bürgermeister Dr. Peter Bergmair hat das Nein der Stadt in einem Schreiben an den Landwirtschaftsminister bekräftigt.

➤ **Windpark im Erlauholz?**
Diskutieren Sie mit unter
friedberger-allgemeine.de

Staatswald darf nicht zugepflastert werden

Bäume vor Windrädern

[11.03.2009](#) 19:40 Uhr

München (lb) - Bei der Suche nach neuen Einnahmequellen dürfen die Bayerischen Staatsforsten den Freistaat nicht ungebremst mit neuen Windrädern und Biomasseanlagen pflastern. Der Aufsichtsrat hat einen Stopp neuer Windkraftprojekte der Staatsforsten angeordnet, wie Forstminister Helmut Brunner (CSU) im Landwirtschaftsausschuss des Landtags sagte. 131 bereits unterzeichnete Verträge mit Windrad-Investoren würden überprüft. Windräder und Biomassekraftwerke sollten nicht ohne Rücksicht auf die Bevölkerung gebaut werden.



AZ

Damit reagierte Brunner auf den Ärger, der den Staatsforsten in Kommunen entgegenschlägt. Unruhe herrscht im Allgäu, in Oberfranken und der Oberpfalz. Klagen über mangelnde Rücksicht der Staatsforsten auf die Bürger kamen vor allem aus der CSU.

Noch heuer will Brunner eine Bilanz der Forstreform ziehen. Es soll geprüft werden, in welchem Umfang die Staatsforsten neue Geschäftsfelder erschließen sollen. Die Forstwirtschaft allein ist wegen der schwankenden Holzpreise krisenanfällig. Die globale Wirtschaftskrise wird auch auf die Staatsforsten durchschlagen. „Ich bin kein Hellseher, aber ich befürchte, dass sich der Gewinn halbieren wird.“

Neue Hoffnung für Windradgegner

Minister: Genehmigung der Anlagen nur bei Akzeptanz vor Ort

FORCHHEIM — Hoffnungsschimmer für die Gegner der geplanten Windkraftanlagen im Landkreis: Helmut Brunner, Landwirtschaftsminister, teilte MdL Eduard Nöth (CSU) mit, dass derartige Anlagen nur dann genehmigt werden, wenn die Akzeptanz vor Ort gegeben sei.

Nöth hatte zuvor Helmut Brunner über den wachsenden Protest der Bürger gegen die neun geplanten Windkraftanlagen informiert. Nun teilte er den Bürgermeistern der im Einzugsbereich der Windräder liegenden Kommunen dessen Antwort mit. Der Minister habe zudem bestätigt, dass der Staatsbetrieb davon ausgehe, dass von den rund 130 Standorten, für die Standortsicherungsverträge abgeschlossen wurden, nur 35 bis 40 Prozent realisiert werden könne.

Laut Nöth sei es nun wichtig, dass durch Information und Diskussion in den Kommunen und in den Naturschutz-, Heimat- und Tourismusverbänden die Stimmung vor Ort erfasst werde. Sollte sich eine breite Mehrheit für die Ablehnung dieser Vorhaben ergeben, könne sich der Abgeordnete durchaus eine „Verhinderung des Baus der neun naturzerstörerischen 179 Meter hohen Anlagen“ vorstellen.

Staatswald ist auch Bürgerwald

Tirschenreuth. (bz) „So geht es nicht“, sagen die Bürgermeister Peter Hampel (Bärnau), Josef Schmidkonz (Mähring), Albert Köstler (Neualbenreuth) und Hans Donko (Erbendorf). Sie wehren sich in einem Brief gegen „die nicht zu akzeptierende Geschäftspolitik der Bayerischen Staatsforsten“.

Wie in der Freitagausgabe berichtet, hatte der Leiter des Forstbetriebs Waldsassen, Gerhard Schneider, erklärt, voll hinter der Windenergie zu stehen, und von sieben Standortsicherungsverträgen berichtet.

„Jetzt ist es endlich heraus“, meinen die Bürgermeister, die von Ludwig Ziegler, Holzindustrie, und Eberhard Freiherr von Gemmingen-Hornberg, Güterverwaltung Friedenfels, unterstützt werden.

Ohne Wissen der Gemeinden im Landkreis seien also Verträge mit Windkraft-Investoren abgeschlossen worden, obwohl der Aufsichtsrat der Bayerischen Staatsforsten die Einbindung der Gemeinden und deren Zustimmung im Vorfeld angeordnet habe. Dass die Staatsforsten Geld verdienen wollen, sehen die Unterzeichner als legitim an.

„Das ist für uns aber kein Grund, unsere Oberpfälzer Kulturlandschaft mit Dutzenden von 140 bis 180 Meter hohen Windrädern verschandeln zu lassen.“ Im Pfuderforst an der Gemeindegrenze zwischen Waldsassen und Neualbenreuth sollen 14 Windräder gebaut werden, die Anzahl derer zwischen Königshütte und Pfaffenreuth sowie im Arzberger Wald und in Mähring traue man sich wohl gar nicht zu nennen.

Für vergleichbare Standortsicherungsverträge, so wissen die Unterzeichner, werden Pachtgelder von 20 000 bis 25 000 Euro pro Jahr und Windkraftanlage genannt. „Staatswald ist Bürgerwald! Wie soll denn, bitte schön, den privaten Grundstückseigentümern erklärt werden, dass unsere unberührte Landschaft für den bedeutenden Wirtschaftsfaktor Tourismus neben dem großen Engagement unserer Bewohner für unsere Heimat das größte Kapital ist, wenn der Staat dem schnöden Mammon die Identität einer unverwechselbaren Landschaft opfert?“

DER NEUE TAG v. 23.04.2009 (Regionalteil Seite 1)

Windkraft nicht gegen Bürger

Minister Brunner sichert die Überprüfung Gräfenbergs zu

Der Bayerische Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Helmut Brunner, hat auf die Anfrage von Landrat Reinhardt Glauber zu den Plänen zur Errichtung von Windenergieanlagen im Staatswald im Bereich der Stadt Gräfenberg geantwortet. Bürgermeister Otto Siebenhaar informierte den Gemeinderat über den Inhalt des Antwortbriefs.

LEUTENBACH (rd) – Demnach wurde den Bayerischen Staatsforsten (BaySF) im Staatsforstengesetz die Möglichkeit eröffnet, weitere Geschäfte zu betreiben. Der Minister führt weiter aus, dass im Bereich der Windenergie die BaySF Investoren Grundstücke für die Planung und Errichtung von Windkraftanlagen zur Verfügung stellt. So genannte Standortsicherungsverträge sollen den Vertragspartnern das Recht einräumen, die erforderlichen Planungsverfahren für die Errichtung von Windrädern auf Staatsforstgrund durchzuführen. Im Genehmigungsverfahren prüfen die Landratsämter und Regierungen, ob öffentliche Belange einer Errichtung entgegenstehen. Im Fall der Genehmigung schließen die BaySF dann einen Pachtvertrag mit dem Investor.

Mit Fingerspitzengefühl

Der Minister informiert den Landrat weiter, dass der Aufsichtsrat von Beginn an großen Wert darauf gelegt hat, dass bei der Entwicklung dieses Geschäftsfeldes mit Fingerspitzengefühl vorgegangen, und auf massive Widerstände in der Bevölkerung Rücksicht genommen wird. Die BaySF, so die Aussage im Ministerbrief, hätten bisher insgesamt 131 Standortsicherungsverträge für Windenergieanlagen im Staatswald abgeschlossen. Angesichts dieser Dimension und des erheblichen Widerstandes, als erste Projekte in der Öffentlichkeit bekannt wurden, hat der Aufsichtsrat einen Stopp von Neuanschlüssen und eine Überprüfung der bestehenden Verträge verfügt. Zielsetzung sei es dabei, sich in Abstimmung mit den Vertragspartnern vorrangig auf solche Projekte zu konzentrieren, die auf Akzeptanz in der Bevölkerung stoßen. **Es sollen möglichst keine Vorhaben gegen den Willen der betroffenen Bevölkerung zur Umsetzung gebracht werden.**

Dieses Vorgehen habe der Minister, so seine Ausführung, am 11. März 2009 in seinem Bericht zu den Zielen der BaySF bei den weiteren Geschäftsfeldern im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Bayerischen Landtages vorgestellt. Es ist, darin gipfelt die Aussage, von den BaySF auch auf die Verträge in Gräfenberg anzuwenden.